

**Außerordentlicher Unterbezirksparteitag KölnSPD**

**23. November 2019**

**Köln – Chorweiler**

**Voten der Antragskommission  
zum KWP2020**

**-Anträge zum Kapitel WOHNEN-**



# Voten der Antragskommission zum Programmmentwurf

---

Anträge Kapitel Wohnen betreffend, Beschlussvorschlag 21. November 2019

## Inhalt

Antrag 03 OV1.....	2
Antrag 04 OV 1.....	3
Antrag 08 AG 60 plus .....	3
Antrag 10 OV6.....	4
Antrag 11 OV9.....	5
Antrag 15 OV11.....	5
Antrag 16 OV11.....	8
Antrag 21 OV19.....	8
Antrag 22 Jusos .....	8
Antrag 24 OV28.....	8
Antrag 26 OV5.....	9

## Antrag 01 OV43

### Beschlussvorschlag

Annahme und Verweis an Ratsfraktion.

Keine Übernahme im Kommunalwahlprogramm, da nicht für gesamtstädtisches Programm relevant.

## Antrag 03 OV1

Übernahme Wohnen

Zeile 78 (104): ... (WSK). Wir wollen für Menschen, die beispielsweise für die Feuerwehr, Rettungsdienste, Erziehung und Pflege arbeiten, bezahlbare Wohnungen schaffen.

Übernahme Arbeit und Wirtschaft

Zeile 924 ergänzen nach dem 1. Satz. Die Privatisierung der Wirtschaftsförderung werden wir rückgängig machen, damit Köln wieder die Weichen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Kölner Wirtschaft stellen kann, deren Stärke die Industrie und die große Vielfalt der Dienstleistungsbranchen ist.

~~Übrigen Text nicht übernehmen, da lediglich begründend: 75 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten in den Dienstleistungen – vor allem in den Finanzdienstleistungen, den Medien und der Kreativwirtschaft, den wirtschaftsnahen Dienstleistungen wie Unternehmensberatung, dem Einzelhandel, der Gastronomie und den vielen Handwerksbetrieben. Geeignete Flächen, die Höhe~~

~~der Gewerbemieten, der Fachkräftemangel und vor allem die Aufgabe der Stadt, durch ihre Vergabe die lokale und regionale Wirtschaft nach Möglichkeit zu fördern, müssen wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Durch Startups und Neuansiedlung entstehen neue Arbeitsplätze, aber entscheidend ist die Förderung der Bestehenden.~~

Keine Übernahme, da Antragskommission Förderung Start-ups als SPD-Position sieht:

~~Zeile 981 – 984. Ersetzen durch: Grundsätzlich gilt, dass Start ups aus eigener Kraft, mit Risikokapital und guter Beratung auf die Beine kommen. Denn dies ist ja die Grundlage von Innovationen. Zudem wird die Gründung durch Landesmittel und neue Lehrstühle an der Universität zu Köln gefördert. Bei der Auftragsvergabe werden wir Start ups mit anderen Bietern gleichwertig behandeln.~~

**Weitere Anmerkungen Bildung und Verkehr bewerten.**

**Beschlussvorschlag**

Antrag ist erledigt.

## **Antrag 04 OV 1**

Übernahme in geänderter Fassung: Zeile 31 – 34 ab „Deswegen...“ streichen. Diese Forderungen sind teilweise durch Änderungsanträge obsolet oder werden in den folgenden Kapiteln aufgenommen.

Übernahme in geänderter Fassung: Zeile 35 – 40 ersetzen durch:

Für ein vielfältiges, selbstbestimmtes Leben, Solidarität und ein gutes Zusammenleben brauchen wir eine gute Sozialpolitik. Der Bund macht den Städten klare Vorgaben für die soziale Grundsicherung, für Arbeitslose, für Leistungen für Inklusion und Teilhabe, für Kinder- und Jugendhilfe. Diese Leistungen müssen aus dem kommunalen Haushalt ~~als Pflichtleistungen~~ finanziert werden. Auch darüber hinaus kann kommunale Sozialpolitik viel bewirken. Wir wollen hochwertige soziale Dienstleistungen etwa in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Familienhilfe, in der Vermittlung und Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit und der Drogenhilfe und Suchtprävention. Die städtische Gesundheitsvorsorge einschließlich der städtischen Kliniken sollen in der Verantwortung der Stadt erhalten bleiben und ausgebaut werden.

Köln hat eine vielfältige Bildungslandschaft und gute Schulen. Aber die Bildungsungleichheit ist noch längst nicht überwunden. Das Land bestimmt über die Inhalte der Bildung und sorgt für das pädagogische Personal. Kommunale Bildungspolitik muss ihre Möglichkeiten nutzen, um allen Kindern und Jugendlichen und auch Erwachsenen gute Bildung, ~~die sie brauchen~~ zu ermöglichen. Köln ist eine wachsende Stadt. Der Ausbau einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung ab dem 2. Lebensjahr für alle Kinder, ein flächendeckendes Angebot an Grundschulen und Gesamtschulen im gebundenen Ganztage, Inklusion und Integration in allen Schulformen und eine qualitativ hochwertige berufliche Bildung ist notwendig, um allen Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden Bildungsungleichheit zu überwinden.

**Beschlussvorschlag**

Antrag ist erledigt.

## **Antrag 08 AG 60 plus**

Keine Übernahme Z. 32, da Antragskommission Änderungen von Antrag 15 OV11 empfiehlt.

Übernahme Z. 55 nach Jugendverbänden einfügen „Seniorenvertretungen“ und streichen den Satz „Die Zeit, in der aus dem Rathaus die Stadt regiert wurde, ist längst vorbei.“

Keine Übernahme Z.77 hinter Genossenschaften einfügen „und Erbbauvereine“. Kölner Erbbauverein ist Genossenschaft (e.G.)

Keine Übernahme Z 103 nach Mietendeckel einfügen „nach Berliner Vorbild“ da Antragskommission Änderungen von Antrag 15 OV11 empfiehlt.

Keine Übernahme Z 137/138 statt „wenn möglich Baugebote erlassen“ neu „die Möglichkeit des Erlasses von Baugeboten erweitern“ da dies nicht in die Hoheit der Kommune fällt.

Keine Übernahme Z. 154 nach neue städtische „gemeinnützige“ Bau-Gesellschaft..., da zunächst zu prüfen wäre, ob die Rechtsform der gGmbH die zielführende Variante ist.

Keine Übernahme 163/164 statt „auf den Prüfstand stellen“ neu „verbessern“, da vor einer generellen Festlegung zur Steigerung der Höhenentwicklung eine Einzelfallprüfung erfolgen sollte.

Übernahme 170 hinter Sportplätze einfügen „Bewegungsparcours“

Übernahme 220 nach Wohnung einfügen „wie es besonders im Alter häufig erwünscht ist“;

Übernahme 221/222 Schluss des Satzes mit „angeboten werden“. Also Streichung des Begründungshalbsatzes von „damit.....werden kann“.

### **Beschlussvorschlag**

Antrag ist erledigt.

## **Antrag 10 OV6**

Keine Übernahme: Zweite Zeile auf dem Deckblatt: Das Wort „Genoss“ gegen „Mitglieder“ austauschen.

Keine Übernahme: Zeile 9: Das Wort „Genoss“ gegen „Parteimitglied“ austauschen.

Keine Übernahme: Nach Zeile 13 kein Absatz, dafür nach dem Satzende Zeile 15.

Übernahme in geänderter Fassung: Zeile 22: hinter Gesundheitsvorsorge, „Grüne Flächen zur Naherholung und zum Schutz vor Klimaerwärmung“, wie folgt einfügen: Naherholungsgebiete und geschützte Landschaftsbereiche ... Anmerkung: es sollte nicht nur grüne „Flächen“ geben, sondern ein differenziertes Landschaftsbild. Die globale Klimaerwärmung wird hingegen auch mit einzelnen Grünflächen in Köln nicht aufgehalten.

Keine Übernahme: Zeile 32: Mietdeckel „auch“ für Gewerbetreibende ein.

Zeile 35: erster Satz nach schöne, „grüne“ einfügen. Keine Übernahme: Viele Plätze sind steinern, daher Einschränkung unnötig.

Übernahme in geänderter Fassung: Nach Zeile 40 soll folgender Absatz eingefügt werden:

„Köln wird nachhaltig. Köln lebt in einer globalen Gemeinschaft, die vom Klimawandel und Artensterben bedroht ist. Für uns ist aktiver Klima- und Umweltschutz eine wesentliche Querschnittsaufgabe der Kommunalpolitik, der auch die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkelkinder im Auge hat. Die beste Heizung ist die, die man nicht einschalten muss, da das Haus keine Wärme verliert. Die beste Energie ist die, die vom Himmel fällt, die wir nur auffangen und speichern müssen. Wir setzen auf erneuerbare Energie und ergreifen Maßnahmen zur Verringerung der CO2 Emissionen. Artenschutz und der Erhalt von Freiflächen sowie deren Vernetzung ist uns ein Anliegen. Wir wollen eine durchgrünte Stadt.“ Siehe In19 ff, dort bereits enthalten.

Übernahme: In Zeile 39 und 40 streichen: „...“, damit sich alle auf unseren Plätzen wohlfühlen und eine Perspektive haben.“

Keine Übernahme: Fortfahren neuer Absatz: „Bund und Land machen den Städten klare Vorgaben für die soziale Grundsicherung, für Arbeitslose, für Leistungen zur Inklusion und Teilhabe, für Kinder- und Jugendhilfe. Diese Leistungen müssen aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden. Aber kommunale Sozialpolitik kann viel bewirken. Unser Bürger und Bürgerinnen sollen sich in kleinen und großen Notsituationen abgesichert und aufgefangen fühlen. Wir wollen hochwertige soziale Dienstleistungen etwa in der Familienhilfe, der Jugendhilfe, in der Vermittlung und Förderung von Erwerbstätigkeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in der Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit und der Drogenhilfe und Suchtprävention. Die städtische Gesundheitsvorsorge einschließlich der städtischen Kliniken wollen wir in der Verantwortung der Stadt erhalten und ausbauen.“ In Z8.1 bereits enthalten.

Übernahme: Zeile 85 „Und an den Klimaschutz“ ersetzen durch „Zukunftsaufgabe Klimaschutz“:

Keine Übernahme: Zeile 88 Hinter ... Grünanlagen. In der bestehenden Bebauung müssen die oben genannten Kriterien bei Sanierungen ebenfalls berücksichtigt und gefördert werden. Gesetzliche Grundlage dieser Muss-Bestimmung ist unklar/nicht gegeben.

Keine Übernahme: Zeile 103: Einfügen hinter ... beschließen „und dazu ein Kölner Modell entwickeln.“  
Antragskommission empfiehlt Formulierung aus **Antrag 15 OV11**

Übernahme in geänderter Fassung: Zeile 124 ergänzen als Wo2.5 „~~Viele Vermieter, vor allem Großanbieter, lassen bestehenden Wohnraum verwahrlosen. Wir setzen uns für den Erhalt von bestehendem Wohnraum in einem menschenwürdigen, akzeptablen Zustand ein. Mieter können erhebliche Mängel beim Amt für Wohnungswesen anzeigen.~~ Wir stärken die Wohnungsaufsicht, als Ansprechpartner für Betroffene und um die Instandhaltung von bestehendem Wohnraum zu gewährleisten.“ Weitere Formulierung zur AirBnB unter 5.4 Z.180 des KWPE wird mit Ergänzungen des **Antrags 11 OV 9** übernommen.

Übernahme in geänderter Fassung: Zeile 128 „Hinter .... Flächenmanagement. Freiflächen sollen so gering wie möglich versiegelt werden.“ Die Ergänzung hat zum Flächenmanagement (=städtischer Grundstücksbevorratung) hier keinen Bezug. Vorschlag: unter Wo6.1. Z. 189 ergänzen

Übernahme in geänderter Fassung: ~~Zeile 189~~ Einfügen hinter Kölner Grünflächen, „die Dach- und Fassadenbegrünung ...“ hinter Wasserflächen. „Dazu gehören Trinkbrunnen.“ Einfügen unter Z.12, Z.738.

Keine Übernahme: Zeile 192: hinter ...erlassen: Bei Neubauten sollen verpflichtend mit ..., da rechtlich (BauGB) nicht umsetzbar.

Übernahme: Zeile 195 (KfW55) streichen.

Keine Übernahme: Zeile 197 und 198 ändern: ...die Entsiegelung von Flächen werden wir bestehende Förderprogramme stärker ausbauen. Bisher in NRW keine Förderung bekannt, nur in Bremen und NDS.

Übernahme: Zeile 199 einfügen: Wir werden deshalb „bei der Stadtverwaltung“ eine One-Stop-Beratungsstelle ...

### **Beschlussvorschlag**

Antrag ist erledigt.

## **Antrag 11 OV9**

Übernahme in geänderter Fassung: Programmtitel: Ersetze „Köln für alle. Machen“ durch „Mit euch und mit uns. Für ein gutes Leben in Köln!“

Übernahme in geänderter Fassung: Zeile 26: ergänze: „...einsetzen. Und entschieden gegen alle, die mit rechter Hetze das politische Klima in unserer Stadt vergiften wollen.“

Übernahme: Zeile 180: ersetze durch: Zweckentfremdung von Wohnraum werden wir systematisch bekämpfen. Wir sind für gerechte Lizenzvergaben mit begrenzter Nutzung, verstärkte Kontrollen und Absprachen oder Vereinbarungen mit AirBnB.

...

Übernahme: Zeile 698: streiche: „Aber Hallo“

### **Beschlussvorschlag**

Antrag ist erledigt.

## **Antrag 15 OV11**

1. Übernahme in geänderter Fassung: Zeile 61 ersetzen durch: Wohnen - ~~ist~~ die soziale Frage unserer Zeit.
2. Übernahme: Zeile 63 – 88 bleibt
3. Teilweise Übernahme in geänderter Fassung: Zeile 89-227:

Zeile 93 – 94 Wo1.1. bis ... gewährleisten. ersetzen durch: Köln muss mehr öffentlich geförderte Wohnungen bauen. Dafür wollen wir im städtischen Haushalt für die nächsten fünf Jahre 500 Millionen Euro ausgeben – und deutlich mehr Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen, ~~auch und gerade kurzfristig~~. Im Ergebnis wollen wir, dass in Köln mindestens 2500 neue preiswerte Wohnungen pro Jahr entstehen.

Zeile 73: muss die Wohnungen ...

Zeile 74: ...sondern lieber verbilligt verpachten.

Zeile 97-98: Wo1.2. Zweitens: Wir werden sicherstellen, dass in allen neuen Wohngebieten ~~Neubauprojekten~~ gemeinnützige, im Rahmen von Konzeptvergaben-geförderte, preisgedämpfte, freifinanzierte Wohnungen und auch Eigentum gemischt werden. (Anmerkung: Konzeptvergaben sind nur bei städtischen Grundstücken zulässig).

Zeile 99-100 werden ersetzt durch: Wo1.3. Wir fordern, dass die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke wird jedes Jahr 500 Wohnungen baut und auch die GAG wird ihre Neubautätigkeit nochmals ausweitet und 1500 Wohnungen im Jahr neu baut oder modernisiert. Gleichzeitig fördern wir die Neugründung von Genossenschaften sowie Mietshausyndikate. (Anmerkung: ersetzt 1.3+2.3+.2.5)

*In Zeile 102 ergänzen:* Belegrechtsverträge mit entsprechenden Anreizen sorgen außerdem dafür, dass private Vermieter auch für soziale Wohnungsbelegung zur Verfügung stehen. *Wo1.4. erhält neue Nummerierung 2.1, da nicht Neubau betreffend.*

*Zeile 103 Wo1.4. (neu):* Neben geförderten Wohnungen wollen wir gemeinwohlorientierte Vermieter fördern - auf städtischen Grundstücken, die auf Erbpacht verbilligt vergeben werden und die im Gegenzug für 99 Jahre nur moderate Mietsteigerungen auslösen.

*Hinter Zeile 104 ergänzen:* Wo1.6. Wohnungsbau wird Chefsache und in der Verwaltung verpflichten sich alle auf besondere Unterstützung für diejenigen, die bauen wollen. Bauanträge werden innerhalb eines Monats genehmigt. *Anmerkung: Antrag OV11 rechtlich nicht korrekt, §54 LBauONRW schreibt 1 Monat als Frist vor.*

*2.2 (neu) – vgl. Zeile 103: Wo1.5. (alt)* Für bestehende Wohnungen wollen wir in einem neuen Kölner Wohnungsbündnis eine Begrenzung der Mietpreisanpassungen für 5 Jahre in der Höhe der Inflation verabreden und uns im Land für eine gesetzliche Regelung einsetzen.

*Zeile 107-115 ersetzen durch:* Wir werden ein strategisches Flächenmanagement einführen. Hier gilt: Die Stadt darf ihren Grund und Boden nicht nach dem Höchstpreisgebot verkaufen. Das treibt erst die Grundstückspreise und dann die Mieten in die Höhe. So verhindert die Stadt geförderten Wohnungsbau. Stattdessen muss die Stadt eigene Grundstücke behalten und weitere Grundstücke durch die Nutzung ihres Vorkaufsrechts erwerben. Auf diesen Grundstücken soll sie zusammen mit Projektentwicklern bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die Flächen werden vergünstigt im Erbbaurecht vergeben. Das heißt: Die Stadt bleibt Eigentümerin, aber der Bauherr kann – langfristig abgesichert - selbst die Entwicklung vorantreiben. , vorhandene Baulücken konsequent zu nutzen – vom überbauten Supermarktparkplatz bis hin zur Aufstockung bestehender Gebäude. Last but not least werden wir Gewerbegebiete zu Mischgebieten mit Wohnanteilen entwickeln. Vorhandene Mischgebiete werden wir schützen und die Abstandsflächen kritisch hinterfragen. Wohnen, arbeiten, Erholung, Kultur, Bildung, Mobilität und Sport in einem klimagerechten Veedel gehören zusammen.

*Zeile 127-142 ersetzen durch:*

Wo3.1. Wir werden ein strategisches Flächenmanagement einführen. Hier gilt: Die Stadt darf ihren Grund und Boden nicht nach dem Höchstpreisgebot verkaufen. Das treibt erst die Grundstückspreise und dann die Mieten in die Höhe. So verhindert die Stadt geförderten Wohnungsbau.

Wo3.2. Stattdessen muss die Stadt eigene Grundstücke behalten. Auf diesen Grundstücken soll sie bezahlbaren Wohnraum schaffen, indem sie Flächen werden vergünstigt im Erbbaurecht vergibt. Das heißt: Die Stadt bleibt Eigentümerin, aber Bauherren können – langfristig abgesichert - die Entwicklung vorantreiben.

Wo3.3 Ihr Vorkaufsrecht sollte die Stadt häufiger nutzen als bisher, um weitere Grundstücke für bezahlbaren Wohnungsbau zu erwerben.

Wo3.4 Vorhandene Baulücken werden konsequent nutzen – vom überbauten Supermarktparkplatz bis hin zur Aufstockung bestehender Gebäude.

Wo 3.5 Statt monotoner Gewerbegebiete werden wir Mischgebiete mit Wohnanteilen entwickeln. Vorhandene Mischgebiete werden wir schützen und die Abstandsflächen kritisch hinterfragen. Wohnen, Arbeiten, Erholung, Kultur, Bildung, Mobilität und Sport gehören in einem klimagerechten Veedel zusammen.

*Hinter Zeile 80 ergänzen:* In einer lebenswerten Stadt leben Alt und Jung, Arm und Reich und verschiedene Kulturen Tür an Tür. Das heißt nicht, Villenviertel in einem Veedel zu entwickeln und im anderen ausschließlich Sozialwohnungen. Wir wollen stattdessen eine integrierte und gemischte Stadtentwicklung. In sozial benachteiligten Stadtteilen wollen wir verstärkt die Wohnungsaufsicht nutzen, um skrupellose Investoren zur Einhaltung der Gesetze zu zwingen. Ordnungspartnerschaften kombiniert mit Sozialraumkoordination und Gemeinwesenarbeit stärken die Lebenswürdigkeit unserer Veedel. Dazu gehört auch, dass Gentrifizierung gestoppt wird. Erhaltungssatzungen und Wohnraumschutz können dazu ebenso einen Beitrag leisten wie die Schaffung von mehr erschwinglichem Wohnraum gerade in hochpreisigen Stadtteilen. Weil Grundstücke knapp sind, werden dabei mehrgeschossige Häuser oder auch einzelne Hochhäuser künftig eine größere Rolle spielen. Dazu brauchen wir ein ökologisch und sozial ausgewogenes Hochhauskonzept. Zwar kann man dafür nicht jeden x-beliebigen Standort nutzen, aber sicherlich mehr als bisher – vorausgesetzt neue Bauvorhaben werden nicht isoliert geplant, sondern von Anfang mit Blick auf eine lebenswerte und menschenfreundliche Umgebung. Schulen, Kitas, ÖPNV-Anschluss, gute Rad- und Fußgängerwege, Begegnungsstätten, Kulturräume und schnelle Internetleitungen – das alles muss Hand in Hand entstehen, damit sich beim Einzug eine gute urbane Lebensqualität für alle direkt mitgebaut wird.

Wohnen ist ein Grundrecht und eine sichere, intakte Wohnung ist Teil der Menschenwürde. Das gilt ganz besonders für die Schwächeren in der Gesellschaft. Doch gerade für sie – für Studierende, für Auszubildende, Familien, mobilitätseingeschränkte oder von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen – gibt es derzeit zu wenig Wohnraum in Köln. Innovative Ideen wie etwa gemeinsame Wohnflächenkonzepte für Studierende und Azubis, kooperative und inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenwohnen, Demenzkrankenwohngruppen, Co- und Micro-Housing müssen häufiger eine Chance bekommen. Für uns hat bei Bauprojekten die Lebensqualität der späteren Bewohner den höchsten Stellenwert. Nur wenn ausreichend Grünflächen und öffentliche Plätze, Treffpunkte für gute Nachbarschaft, Spiel- und Bewegungsflächen für die Allgemeinheit auch zur Verfügung stehen, wird ein gutes Leben für alle Kölnerinnen und Kölner möglich.

*Zeile 145-158 ersetzen durch:*

Wo4.1 Bevor alle anderen Maßnahmen greifen können, hat höchste Priorität, dass Köln die bürokratischen Weichen neu stellt. Es kann und darf nicht sein, dass dringend nötiger Wohnungsbau an zu langsamen Genehmigungen scheitert. Damit künftig schneller gebaut werden kann, wollen wir Wohnungsbau als Chefsache im Rathaus durchsetzen.

Wo4.2 Zusätzlich muss umgehend mehr Personal für die zuständigen Ämter eingestellt und Entscheidungsprozesse vereinfacht und beschleunigt werden.

Wo 4.3 Die Kompetenzen der Wohnungsbauleitstelle wollen wir über verschiedene Dezernate hinweg stärken.

Wo4.4. Politik und Verwaltung müssen in Sachen Wohnungsbau enger zusammen arbeiten. Ein gesamtstädtischer Ausschuss Wohnungsbau sowie verbindliche Bezirkskonferenzen müssen alle wichtigen Bauvorhaben von Anfang bis Ende koordinieren. Sie sollen regelmäßig den Sachstand der einzelnen Projekte transparent und öffentlich begleiten.

Wo4.5 Mögliche Nutzer\*innen und Anwohner\*innen müssen gleichermaßen durch Beteiligungsmöglichkeiten frühzeitig online und vor allem schneller einbezogen werden.

*Zeile 120 einfügen:* Wo 2.3 Alle Angebote der Stadtwerke und der städtischen Töchter rund ums Wohnen wollen wir bündeln und den Kölner Mietern ein attraktives Angebot im Sinne der Daseinsvorsorge anbieten.

*Zeile 202 einfügen als Wo6.4.* Das mehrheitlich städtische Wohnungsunternehmen GAG hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Nachhaltigkeit im Wohnungsbau möglich ist. Von diesen erfolgreichen Konzepten sollten noch mehr Kölnerinnen und Kölner profitieren. Wir wollen ökologisches, soziales und wirtschaftlich sinnvolles Bauen und Bewirtschaften, welches sich nicht am wirtschaftlichen Vorteil einzelner, sondern am Ziel eines guten Lebens für alle orientieren, zum Standard für Köln machen.

Nicht übernommen: u.a. Zeile 20: "um auch bei Bauvorhaben außerhalb von Bebauungsplänen die Forderung nach 30 % geförderten Wohnungsbau durchzusetzen". Da zunächst Landesgesetz § 34 BauGB geändert werden müsste, Formulierung wie in Ursprungsfassung KWP-Entwurf.

## **Beschlussvorschlag**

Antrag ist mit Übernahme o.a. Ergänzungen erledigt.

## Antrag 16 OV11

Übernahme in geänderter Fassung: 1. *Programmtitel:* Ersetze „Köln für alle. Machen“ durch „Mit euch und mit uns. Für ein gutes Leben in Köln!“

Übernahme: 2. Wähler\*innen bitte im gesamten Programm siezen, nicht duzen.

Übernahme: 4. Streiche Zeile 3 und 4: „Du interessierst dich für das Wahlprogramm der SPD für Köln. Super! Dafür schon jetzt vielen Dank. Wir haben viel Arbeit in das Programm gesteckt. Denn“.

Übernahme: 5. Ändere: Aus Verkehr, Bildung und Digitalisierung eigenständige Kapitel machen. Überschrift Infrastruktur überall streichen.

Übernahme: 6. Dementsprechend: ändere die Abkürzungen „In1“ bis „In20“, inklusive der Abkürzungen bei den Unterpunkten.

Keine Übernahme, da anders lautendem Antrag 15 OV11 gefolgt wird: 8. Streiche Titel in Zeile 61, ändere in „Wohnen. Bezahlbar. Machen“.

Weitere Voten zu diesem Antrag siehe Zuständigkeit Verkehr + Bildung.

### **Beschlussvorschlag**

Antrag ist mit Übernahme o.a. Ergänzungen erledigt.

## Antrag 21 OV19

Übernahme Nr. 1

Zeile 67: Bezahlbares Wohnen ist deshalb eines unserer wichtigsten Anliegen, denn Wohnen ist Menschenrecht.

Zeile 69: ... werden. Dafür zu sorgen ist Kernaufgabe der Stadt und des Staates.

Nr. 2 Ablehnung, da neu Wo1.7 (bisher Wo2.4) mit 80% bezahlbarem Wohnraum weitergehender ist.

Nr. 3 Ablehnung. „100% staatlich finanzierte städtische Wohnungen“ erscheint irreführend oder zumindest unklar, warum diese Ergänzung im Zusammenhang mit der Baugesellschaft notwendig ist. Falls damit der Aufbau eines städtischen Wohnungsbestandes gemeint ist, so ist dies in Wo2.2 bereits abgedeckt.

### **Beschlussvorschlag**

Antrag ist erledigt.

## Antrag 22 Jusos

Übernahme in geänderter Fassung:

*Neu hinter Z.214 (Die Numerierungen der folgenden Absätze ändern sich entsprechend):*

Wo7.3. Wir fördern Wohnraum für Studierende und Auszubildende. Als Universitätsstadt suchen jährlich tausende Erstsemester bezahlbaren Wohnraum in Köln. Dazu kommen mehrere tausend Auszubildende, die während ihrer Ausbildungszeit nur ein kleines Einkommen haben, wodurch es fast unmöglich ist, eine bezahlbare Bleibe in Köln zu finden. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass vermehrt Wohnraum für junge Menschen entsteht, die in Köln ihre berufliche Ausbildung erhalten. Ähnlich wie nach dem Modell des Studierendendorfs in Hürth Efferen wollen wir in einem Kölner Stadtteil (beispielsweise Mülheim, Merheim oder Chorweiler) eine Unterkunft für Studierende und Auszubildende.

Weitere Voten zu diesem Antrag siehe Zuständigkeit Verkehr + Bildung.

### **Beschlussvorschlag**

Antrag ist mit Übernahme o.a. Ergänzungen erledigt.

## Antrag 24 OV28

Übernahme: Zeile 63 „hier“ streichen“

Nicht übernommen: Zeile 63-66 Ab „Egal...kannst“ streichen. Ersetzen durch „Jeder sollte bezahlbaren Wohnraum finden können“.

Übernahme: Zeile 70, „Dazu... bis Satzende: ersetzen durch „Dazu gehört für uns der soziale Wohnungsbau!

Nicht übernommen: Zeile 71, „haben Anspruch auf eine solche Wohnung ersetzen durch „haben Anspruch auf Wohnberechtigungsschein, „viel mehr als man oft denkt“ streichen

Nicht übernommen: Zeile 74, wenn Verkauf dann mit Konzeptvergabe einfügen

Nicht übernommen: Zeile 76, „die oft...nehmen“ streichen und fortfahren „und vor allem die Gesellschaften...wie die GAG und WSK“

Nicht übernommen: Zeile 82, „Wichtig ist uns..bis Wohnungen“ ersetzen durch „Neue Wohngebiete müssen von Anfang...“

Nicht übernommen: Zeile 84 „Außerdem müssen “ streichen stattdessen „Wir denken die Bedürfnisse...“

Nicht übernommen, da geändert durch Antrag 10 OV6: Zeile 85, „Auch an den Klimaschutz“ streichen. „Auf die Einhaltung der Regelungen zum Klimaschutz der Landesbauordnung muss geachtet werden, ggf. müssen diese ausgeweitet werden.

Übernahme: Zeile 86, ab „indem bis „auf“ streichen. Neuer Satz: „Wir setzen auf die Nutzung....“

Nicht übernommen, da geändert durch Antrag 15 OV11: Zeile 137, einfügen „und“ zwischen Supermarkt - Parkplätze

Nicht übernommen, da geändert durch Antrag 15 OV11: Zeile 145-148 streichen. Einfügen: „Bauanträge müssen schneller bearbeitet werden, u.a. durch die „digitale Akte“. Eine zentrale Bauleitstelle muss eingerichtet und die Bauaufsicht personell verstärkt werden. 150-158. Streichen, oder überarbeiten. Vergaberecht hebt die Beschleunigung der Verfahren aus. Mehr Bürokratie hat noch nie zu schnellerer Bearbeitung geführt. Öffentlichkeitsbeteiligung ist vorgeschrieben. Wenn man schneller werden will, geht das nur über die Verkürzung der Verfahren und nicht über ein noch mehr (was ist „echte im Gegensatz zu unechter Partizipation“?!)

Nicht übernommen: Zeile 176 Statt „Wir...fördern“ ersetzen durch „Wir wollen gemischte Quartiere entstehen lassen“

Nicht übernommen, da geändert durch Antrag 11 OV9: Zeile 180 „Wir treten...ein, um “ streichen.

Übernahme: Zeile 191 „Vorschriften erlassen...“ streichen, da bei städt.- Gebäuden Beschlusslage.

Übernahme: Zeile 205 „allen“ streichen

Nicht übernommen: Zeile 208 Eingriffsrechte zu klären? Stellplätze müssen vorgehalten werden. *Anmerkung: Es geht hier um Umwandlung bei bestehendem Baurecht, daher Stellplatzfrage rechtlich geklärt.*

Übernahme: Zeile 213 „Wir...prüfen“. Streichen

Übernahme: Zeile 215 „Wir wollen...ermutigen“ streichen. Ersetzen: „Wir unterstützen...“

Nicht übernommen, da geändert durch Antrag 08 AG60+: Zeile 220-223 bis „geben“ streichen.

Nicht übernommen: Zeile 226-227 „streichen“

Weitere Voten zu diesem Antrag siehe Zuständigkeit Verkehr + Bildung.

### **Beschlussvorschlag**

Antrag ist mit Übernahme o.a. Ergänzungen erledigt.

## **Antrag 26 OV5**

Nicht übernommen, da geändert durch Antrag 15 OV11: 1. Streiche Zeile 102

Übernahme: 2. Zeile 178: streiche „und Quartiersmanagement“

Übernahme: 3. Ersetze Zeile 186 – 189 durch: „Wir nehmen die bereits jetzt spürbaren Folgen der Klimaerwärmung ernst und setzen uns für ein gutes Klima in der Stadt ein. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete berücksichtigen wir Aspekte wie Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen. Das auf SPD-Initiative beschlossene Programm zur Dach- und Fassadenbegrünung wollen wir fortführen und ausbauen. Das einzigartige System der Kölner Grünanlagen wollen wir weiterentwickeln und besser vernetzen.“

Nicht übernommen: 4. Ersetze Zeile 191 – 193:

Nicht übernommen: 5. Streiche Zeile 225 – 226

Weitere Voten zu diesem Antrag siehe Zuständigkeit Verkehr + Bildung.

**Beschlussvorschlag**

Antrag ist mit Übernahme o.a. Ergänzungen erledigt.